

Niederschrift über die 28. Sitzung des Rates der Stadt Coesfeld am 10.10.2013, 18:00 Uhr, Großer Sitzungssaal, Rathaus, Markt 8, 48653 Coesfeld

Anwesenheitsverzeichnis

		Bemerkung
Vorsitz		
Herr Bürgermeister Heinz Öhmann	Bürgermeister	
Ratsmitglieder		
Frau Charlotte Ahrendt-Prinz	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	
Herr Richard Bolwerk	CDU	
Frau Elisabeth Borgert	FDP	
Herr Thomas Bücking	CDU	
Herr Hans-Theo Büker	Pro Coesfeld	entschuldigt
Frau Nicole Dicke	Pro Coesfeld	
Herr Rudolf Entrup	CDU	
Herr Norbert Frieling	CDU	
Herr Heribert Funke	CDU	
Herr Dieter Goerke	Aktiv für Coesfeld	
Frau Margret Goß	CDU	
Herr Norbert Hagemann	CDU	
Herr Günter Hallay	Pro Coesfeld	
Herr Bernhard Haveresch	CDU	
Herr Uwe Hesse	Pro Coesfeld	entschuldigt
Herr Ludger Kämmerling	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	
Herr Bernhard Kestermann	CDU	
Herr Dr. Bernhard Kewitz	CDU	
Herr Wilhelm Korth	CDU	
Herr Heinz Kramer	Pro Coesfeld	
Herr Wolfgang Kraska	FDP	
Herr Friedhelm Löbbert	Pro Coesfeld	
Herr Christoph Micke	CDU	
Herr Ralf Nielsen	SPD	
Frau Rosemarie Niemeier	CDU	
Herr Dr. Thomas Pago	Pro Coesfeld	
Herr Hermann-Josef Peters	Pro Coesfeld	
Frau Irmgard Potthoff	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	entschuldigt
Herr Bernd Rengshausen	CDU	entschuldigt
Herr Horst Schürhoff	SPD	
Herr Dietmar Senger	Aktiv für Coesfeld	entschuldigt

Herr Thomas Stallmeyer	SPD	entschuldigt
Herr Gerrit Tranel	CDU	
Frau Martina Vennes	Pro Coesfeld	
Herr Hermann-Josef Vogt	SPD	abwesend ab TOP 3 ö.S.; 18:45 Uhr
Frau Inge Walfort	SPD	abwesend bei TOP 2 n.öS.
Herr Lutz Wedhorn	CDU	
Verwaltung		
Herr Thomas Backes	I. Beigeordneter	
Herr Dr. Thomas Robers	Beigeordneter	
Herr Jürgen Höning	FB 10	

Schritfführung: Herr Jürgen Höning

Herr Bürgermeister Heinz Öhmann eröffnet um 18:00 Uhr die Sitzung und stellt die ordnungsgemäße Einberufung sowie die Beschlussfähigkeit der Versammlung fest.

Die Sitzung endet um 19:45 Uhr.

Tagesordnung

Öffentliche Sitzung

- 1 Mitteilungen des Bürgermeisters
- 2 Umbesetzung des Betriebsausschusses des Abwasserwerkes der Stadt Coesfeld
Vorlage: 206/2013
- 3 Integriertes Handlungs- und Maßnahmenkonzept Innenstadt 2025
Vorlage: 207/2013
- 4 Bebauungsplan Nr. 121/2 "Coesfelder Promenade"
Vorlage: 189/2013
- 5 Anpassung des Angebotes von Kinderspielplätzen
Vorlage: 188/2013
- 6 1. Änderungssatzung über die Erhebung von Elternbeiträgen für die Inanspruchnahme von Angeboten in Kindertageseinrichtungen und Kindertagespflege
Vorlage: 158/2013
- 7 Auflösung der Anne-Frank-Hauptschule
Vorlage: 180/2013
- 8 Antrag der CDU-Fraktion zum Fortbestand der Fröbelschule
Vorlage: 185/2013
- 9 Überwachungspflicht für Kleinkläranlagen
Vorlage: 186/2013
- 10 Anfragen

Nicht öffentliche Sitzung

- 1 Mitteilungen des Bürgermeisters
- 2 Verkauf eines Hauses im Baugebiet "Wohnen im Kulturquartier"
Vorlage: 205/2013
- 3 Verkauf eines Grundstücks an der Wiesenstraße
Vorlage: 161/2013
- 4 Bericht über die Niederschlagung und den Erlass von Geldforderungen
Vorlage: 177/2013
- 5 Anfragen

Erledigung der Tagesordnung

Öffentliche Sitzung

TOP 1	Mitteilungen des Bürgermeisters
-------	---------------------------------

Mitteilungen des Bürgermeisters liegen nicht an.

TOP 2	Umbesetzung des Betriebsausschusses des Abwasserwerkes der Stadt Coesfeld Vorlage: 206/2013
-------	--

Beschluss:

Auf Vorschlag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen wird beschlossen, den Betriebsausschuss des Abwasserwerkes der Stadt Coesfeld wie folgt umzubesetzen:

Bisheriges Mitglied:

Herr
Wolfgang Skornitzke

Neues Mitglied:

Herr
Hans-Jürgen Braukmann
Lübbesmeyerweg 104

Abstimmungsergebnis	Ja	Nein	Enthaltungen
	32	0	0

TOP 3	Integriertes Handlungs- und Maßnahmenkonzept Innenstadt 2025 Vorlage: 207/2013
-------	---

Frau Vennes nimmt Bezug auf den Beschlussvorschlag sechs der Sitzungsvorlage. Sie hebt hervor, dass ihre Fraktion einer Auflösung der Martin-Luther-Schule keinesfalls zustimmen werde. Auch eine Teilstandortlösung sei mit Pro Coesfeld nicht zu vereinbaren. Sie gehe davon aus, dass auch in den nächsten Jahren ausreichend Schülerinnen und Schüler die Martin-Luther-Schule besuchen werden, um den Erhalt sicherzustellen.

Herr Bürgermeister Öhmann antwortet, dass die Martin-Luther-Schule nicht in Frage gestellt werde. Niemand beabsichtige, die Schule aufzulösen. Insofern sei die Befürchtung von Frau Vennes nicht begründet. Über Standortfragen müsse sicherlich künftig diskutiert werden, aber derzeit sei das kein Thema.

Herr Bolwerk schlägt vor, die Befürchtungen von Frau Vennes dadurch zu entkräften, indem über den Beschlussvorschlag keine Abstimmung erfolgt, da es sich nur um eine Kenntnisnahme handele.

Frau Ahrendt-Prinz vermutet, die Irritationen könnten in der Beurteilung des Gutachters begründet sein. Da dieser zu dem Ergebnis kommt, die Martin-Luther-Schule könnte zukünftig

nur noch eineinhalb zügig beschult werden. Insofern müsse klar gestellt werden, dass nicht Schulschließungen thematisiert würden, sondern die Entwicklung der Innenstadt.

Auch Herr Frieling hebt nochmals hervor, dass die Diskussion über das Handlungskonzept spätere Einzelfallberatungen zum Thema Schulen nicht ersetzt.

Herr Tranel verweist auf die Diskussion im Fachausschuss für Umwelt, Planen und Bauen. Es sei herausgestellt worden, dass das Handlungskonzept lediglich eine Bestandsaufnahme sei und spätere Entscheidungen erfordere.

Diese Auffassung vertritt auch Herr Goerke und ergänzt, dass letztlich der Elternwille über die Anmeldezahlen zu den Hauptschulen entscheiden werde.

Herr Nielsen stellt fest, dass ihm kein Antrag zu Schließung einer Schule bekannt sei und es werde sicherlich keine Mehrheit hierfür geben.

Bezug nehmend auf den Beschlussvorschlag 24 der Sitzungsvorlage vertritt Herr Peters die Auffassung, dass hierüber der Rat nicht beschließen müsse. Es sei die alleinige Angelegenheit der Evangelischen Kirchengemeinde, die Sanierung ihrer Kirche zu finanzieren. Städtische Mittel dürften hierfür nicht zur Verfügung gestellt werden.

Herr Bürgermeister Öhmann bestätigt, die Stadt werde sich an der Finanzierung zur Sanierung der Kirche grundsätzlich nicht beteiligen; jedoch sollte die Möglichkeit gewahrt bleiben, andere Mittel (z.B. LEADER) zu erschließen.

Herr Backes hebt hervor, dass Initiator der Anregung nicht die Stadt sondern die Evangelische Kirchengemeinde sei.

Namens der FDP-Fraktion teilt Herr Kraska mit, dem Handlungskonzept nicht zuzustimmen, aus Sorge, die Kosten könnten überhand nehmen.

In der Angelegenheit zur Anregung der Evangelischen Kirche erklärt sich Frau Niemeier für befangen. Sie nimmt an der Abstimmung nicht teil.

Beschluss 1 (*Beschlussvorschlag 20 der Sitzungsvorlage 207/2013*):

Folgende nachstehende Änderungen sollen auf Vorschlag der CDU-Fraktion im Abschlussbericht des Integrierten Handlungskonzeptes neben den nachstehenden Beschlussfassungen 2 bis 21 eingearbeitet werden:

1. Handlungsfeld A: „Vielfältige Innenstadt“
A9) Angebotssteuerung und –management durch das Stadtmarketing
Die Priorität wird von „gering“ auf „mittel“ höhergestuft.
2. **A13)** Konzeptionierung und Gestaltung von Stadtrundgängen
Die Priorität wird von „gering“ auf „mittel“ höhergestuft.
3. Handlungsfeld B: „Innenstadt als Wohnstandort“
B8) Service- und Betreuungsangebote für Senioren ausbauen und stärker vernetzen
Die Priorität wird von „gering“ auf „mittel“ höhergestuft.
4. Handlungsfeld E: „Durchlässige Innenstadt“
E8) Durchgängiges Radwegenetz konzipieren und umsetzen
Die Priorität wird von „mittel“ auf „hoch“ höhergestuft.

Beschluss 2 (Dezernat III / FB 51):

Handlungsfeld C: „Innenstadt als Ort für alle Generationen“ – (S. 50)

Das Schulzentrum ist in den Bereich des innerstädtischen Handlungs- und Maßnahmenkonzeptes mit einzubeziehen.

Maßnahmen:

- *Entwicklung eines multifunktionalen Raumes für Bildung und Freizeit (Bildungsknoten)*
- *Umgestaltung der Außenräume*

Beschluss 3 (Dezernat III / FB 51):

Handlungsfeld C: „Innenstadt als Ort für alle Generationen“ – (S. 50)

Der Bereich des Heriburg-Gymnasiums ist in das städtebauliche Umfeld zu integrieren

Beschluss 4:

Handlungsfeld C: „Innenstadt als Ort für alle Generationen“ – (S. 50)

C1) Angebote für Kinder und Jugendliche gemeinsam entwickeln und umsetzen

Das Handlungsfeld **A8** ist um folgende Spiegelstriche zu ergänzen:

- *regional attraktive Spielflächen für Kinder, möglichst in Verbindung mit Gastronomiebetrieb (Klettern, Niedrigseilgarten) z.B. im Stadtpark oder am Schützenwall*
- *Kinderspielmöglichkeiten auf dem Marktplatz/in der Fußgängerzone*

Beschluss 5 (Dezernat III / FB 30):

Handlungsfeld A: „Vielfältige Innenstadt“

A8) Qualifizierung und Erweiterung des gastronomischen Angebotes – (S. 42)

oder

A9) Angebotssteuerung und –management durch das Stadtmarketing – (S. 43)

Das Handlungsfeld **A8** oder **A9** ist um folgende Spiegelstriche zu ergänzen:

- Akzentuierung des Marktplatzes in seiner Funktion als wirklicher „Markt“-Platz (Wochen- und Spezialmärkte) mit Beitrag zur Nahversorgung aber auch Frische-, Vielfalts- und Qualitätsaspekten*
- Aufenthaltsqualität und urbane Atmosphäre durch Märkte, Nutzung der touristischen Potenziale*
- Ausrichten der Infrastruktur/Versorgungseinrichtungen auf dem Marktplatz (Strom)*

Beschluss 6:

Die weiteren Hinweise der FB 51 und 30 werden zur Kenntnis genommen, die redaktionellen Änderungen werden aufgenommen.

Beschluss 7 (Dezernat II / FB 60 Verkehrsplanung):

Handlungsfeld E: „Durchlässige Innenstadt“

E10) Schaffung einer neuen Freizeittouristischen Wegeverbindung Stadtpark-Fürstenwiese – (S. 59)

Das Projekt **E10** ist um einen Spiegelstrich zu ergänzen:

- Einbeziehung des Denkmals Ludgerusburg/Torbogen Richtung Osterwicker Straße in die Wegebeziehung und bauliche Aufwertung des Denkmalumfeldes*
- Akteure zusätzlich: Denkmalbehörde*

Beschluss 8 (Dezernat II / FB 60 Denkmalbehörde):

Handlungsfeld E: „Durchlässige Innenstadt“ – (S. 56 ff)

Das Handlungsfeld ist um ein zusätzliches Projekt **E11** zu ergänzen:

Aufwertung der Fuß-/Radwegverbindung Unterführung Bahngleise parallel Kupferstraße

f) *Sichtbarmachung des Berkelverlaufs*

g) *Sanierung der Eisenbahnbrücken*

Initiator: Stadtverwaltung- FB 60

Priorität: mittel

Akteure Stadt, ADFC, Bahn AG

Zeithorizont: mittel- bis langfristig

Förderung: noch zu prüfen

Beschluss 9 (Dezernat II / FB 43 Weiterbildung/Kultur):

Handlungsfeld A: „Vielfältige Innenstadt“

A13) Konzeptionierung und Gestaltung der Stadtrundgänge: Zur Prioritätensetzung der Maßnahme – (S. 44)

Die Priorität wird auf „**mittel**“ und der Zeithorizont auf „**zeitnah-mittelfristig**“ eingestuft.

Die Anregungen zu redaktionellen Ergänzungen der Stellungnahme werden zu Kenntnis genommen und eingepflegt.

Beschluss 10 (Stadtmarketingverein AK Handel & Gastronomie):

Handlungsfeld E: „Durchlässige Innenstadt“ – (S. 56 ff)

E1) Umsetzung Parkraumkonzept

Stellungnahme Pkt. 1 – (S. 56)

und

Handlungsfeld A: „Vielfältige Innenstadt“

A5) Neugestaltung Fußgängerzone

Stellungnahme Pkt. 5 – (S. 41)

Der Stadtmarketingverein wird als wesentlicher Akteur bei der Umsetzung des Parkraumkonzeptes und der Umgestaltung der Fußgängerzone einbezogen.

Die sonstigen Anregungen und Hinweise werden zu Kenntnis genommen.

Beschluss 11 (Kreis Coesfeld):

Die Anregung des FB Denkmalschutz/Bauaufsicht:

Die Anregung der Wegeföhrung der Radbahn Münsterland im Bereich Fürstenwiesen Richtung Walkenbrückentor wird im weiteren Verfahren geprüft und einer Abwägung unterzogen (Ausbaugrad Radweg/Naturschutzbelange etc.).

Die sonstigen Hinweise und Anregungen werden zu Kenntnis genommen. Die Bedenken hinsichtlich der Stärkung des Innenstadtwohnens und des Immissionsschutzes werden auf den nachgeordneten Planungsebenen im Detail zu beleuchten sein.

Kenntnisnahme (LWL Archäologie):

Die Anregungen und Hinweise des LWL-Archäologie für Westfalen vom 07. August .2013 werden zur Kenntnis genommen.

Beschluss 12 (Beschlussvorschlag 13 der Sitzungsvorlage 207/2013) (aus Protokoll Riga-Komitee):

Vertiefungsbereich „Bernhard-von-Galen-Straße/Schlosspark“

3.1) „Schlosspark als Ort der Begegnung entwickeln“ – (S. 65)

Der Arbeitskreis Riga-Komitee soll als weiterer Akteur in das Projekt aufgenommen werden.

Beschluss 13 (*Beschlussvorschlag 14 der Sitzungsvorlage 207/2013*) **(Seniorennetzwerk):**

Vertiefungsbereich „Bernhard-von-Galen-Straße/Schlosspark“

3.1) „Schlosspark als Ort der Begegnung entwickeln“ – (S. 65)

Das Seniorennetzwerk soll als weiterer Akteur in das Projekt „im Vertiefungsbereich Schlosspark entwickeln“ aufgenommen werden.

Beschluss 14 (*Beschlussvorschlag 15 der Sitzungsvorlage 207/2013*) **(Seniorennetzwerk):**

Vertiefungsbereich „Bahnhof und Bahnhofsumfeld“

7.2) „Attraktivierung des Mobilitätsangebotes am Standort Bahnhof“ – (S. 70/71)

Die Anregungen des Seniorennetzwerkes zur Maßnahme „BahnLandLust“ werden konkret eingearbeitet.

Beschluss 15 (*Beschlussvorschlag 16 der Sitzungsvorlage 207/2013*) **(Seniorennetzwerk):**

Handlungsfeld C: „Innenstadt als Ort für alle Generationen“

C5) „Generationsübergreifende Angebote realisieren“ – (S. 52)

Die Priorität soll von „**gering**“ auf „**mittel**“ eingestuft werden.

Beschluss 16 (*Beschlussvorschlag 17 der Sitzungsvorlage 207/2013*) **(Seniorennetzwerk):**

Handlungsfeld B: „Innenstadt als Wohnstandort“

B8) „Service- und Betreuungsangebote“ – (S. 49)

Die Priorität soll nicht wie vom Seniorennetzwerk vorgeschlagen von „**gering**“ auf „**hoch**“ sondern wie von der CDU-Fraktion beantragt von „**gering**“ auf „**mittel**“ eingestuft werden.

Beschluss 17 (*Beschlussvorschlag 18 der Sitzungsvorlage 207/2013*) **(Seniorennetzwerk):**

Handlungsfeld E: „Durchlässige Innenstadt“ – (S. 56)

E2) „Durchführung Fußgänger- und Barrierecheck des öffentlichen Raumes“

Ortskundige und KICS-Mitglieder sollen gezielt als weitere Akteure aufgenommen werden.

Kenntnisnahme (*Beschlussvorschlag 19 der Sitzungsvorlage 207/2013*):

Die sonstigen Hinweise des Seniorennetzwerkes werden zur Kenntnis genommen bzw. redaktionell eingearbeitet.

Kenntnisnahme (*Beschlussvorschlag 21 der Sitzungsvorlage 207/2013*) **(DB AG):**

Die Hinweise der Deutschen Bahn AG werden zur Kenntnis genommen.

Kenntnisnahme (*Beschlussvorschlag 22 der Sitzungsvorlage 207/2013*) **(Bezirksregierung Münster):**

Die Hinweise der Bezirksregierung werden zur Kenntnis genommen.

Beschluss 18 (Beschlussvorschlag 23 der Sitzungsvorlage 207/2013) (aus der Bürgerinformationsveranstaltung vom 23. September 2013 / Protokoll):

Handlungsfelder und Vertiefungsbereiche

Es besteht Einvernehmen, dass die Einzelanregungen zu den Handlungsfeldern und Vertiefungsbereichen (1 – 12; S. 3 – 5 des Protokolls) berücksichtigt und dahingehend geprüft werden sollen, wo sie im InHK konkret oder sinngemäß an den entsprechenden Stellen als Spiegelstrichpunkte ergänzt werden können.

Folgende Einzelanregungen aus der Auflistung sollen jedoch nicht berücksichtigt werden:

Handlungsfeld A „Vielfältige Innenstadt – (S. 3 Nr. 1.2 und 1.3 des Protokolls):

- a) „Die Synagoge sollte als Trauzimmer erhalten bleiben“.
- b) „Am Brunnen eine „schöne“ Informationstafel anbringen, um den Sinn und die Bedeutung zu erklären“.

Handlungsfeld D „Innenstadt an der Berkel – (S. 4 Nr. 4.6 des Protokolls):

- c) Eine Aufstauung der Berkel

Handlungsfeld D „Durchlässige Innenstadt“ – (S. 4 Nr. 5.5 des Protokolls):

- d) Verbesserung des Taxiparkens vor Dr. Glados (ehemals Haus Pöppelmann)

Vertiefungsbereich „Davidstraße / ehem. Postareal“ – (S. 4 Nr. 7.1 des Protokolls)

- e) Parkhaus in der Davidstraße

Beschluss 19 (Beschlussvorschlag 24 der Sitzungsvorlage 207/2013) (Evangelische Kirche):

Die Anregungen der Evangelischen Kirchengemeinde werden berücksichtigt und entsprechend im InHK ergänzt. Die Sanierungsmaßnahme wird mit einer hohen Priorität und einem Umsetzungsfaktor zeitnah/mittelfristig versehen. Initiator der Sanierungsmaßnahme ist die Evangelische Kirchengemeinde.

Kenntnisnahme (Bürgeranregung 1):

Das Angebot zur Mitarbeit wird gerne zur Kenntnis genommen.

Beschluss 20 (Beschlussvorschlag 26 der Sitzungsvorlage 207/2013) (Ergänzung zum Bürgeranregung 1):

Der Anregung wird nicht gefolgt, da sie nach derzeitigem Stand der Umsetzung der Machbarkeitsstudie zur Wasserrahmrichtlinie (Schaffung Strahlursprung im Bereich Fürstenwiesen) widerspricht.

Beschluss 21 (Beschlussvorschlag 27 der Sitzungsvorlage 207/2013)

Das integrierte Handlungskonzept in der Fassung des Entwurf, ergänzt / geändert durch die vom Rat abgewogenen Änderungs- und Ergänzungsvorschläge (Beschlussvorschläge 1 bis 21) wird als strategische Leitlinie für die Innenstadtentwicklung 2013 bis 2025 beschlossen.

Abstimmungsergebnis	Ja	Nein	Enthaltungen	
Beschluss 1.1 (Antrag CDU)	28	0	3	
Beschluss 1.2 (Antrag CDU)	28	0	3	
Beschluss 1.3 (Antrag CDU)	29	0	2	
Beschluss 1.4 (Antrag CDU)	28	2	1	
Beschluss 2	28	2	1	
Beschluss 3	29	1	1	
Beschluss 4	28	0	3	
Beschluss 5	29	0	2	
Beschluss 6	22	9	0	
Beschluss 7	29	1	1	
Beschluss 8	29	0	2	
Beschluss 9	27	2	2	
Beschluss 10	29	0	2	
Beschluss 11	29	2	0	
Beschluss 12	31	0	0	
Beschluss 13	31	0	0	
Beschluss 14	31	0	0	
Beschluss 15	31	0	0	
Beschluss 16	31	0	0	
Beschluss 17	31	0	0	
Beschluss 18 a (Synagoge)	28	0	3	
Beschluss 18 b (Brunnen)	28	0	3	
Beschluss 18 c (Berkel)	28	0	3	
Beschluss 18 d (Taxiparken)	29	0	2	
Beschluss 18 e (Parkhaus)	18	2	11	
Beschluss 19	20	7	3	1 befangen
Beschluss 20	30	0	1	
Beschluss 21	28	2	0	

TOP 4 Bebauungsplan Nr. 121/2 "Coesfelder Promenade"
Vorlage: 189/2013

Beschluss:

Es wird beschlossen, die Öffentlichkeit gemäß § 3 Abs.1 BauGB und die Behörden gemäß § 4 Abs.1 BauGB an den zusammenhängenden Planverfahren frühzeitig zu beteiligen.

Das ca. 11,5 ha große Plangebiet befindet sich am süd-östlichen Rand der historischen Innenstadt. Es wird begrenzt:

im Norden durch den Burgwall und den Verlauf der Friedrich-Ebert-Straße,

im Westen durch den Schützenring und den Südring,

im Süden durch die Letter Straße sowie durch die südliche Grenze der am Südwall gelegenen Grundstücke,

im Osten durch die Fegetasche und den Verlauf der Friedrich-Ebertstraße.

Die Grenzen des räumlichen Geltungsbereiches sind in der Planzeichnung des Entwurfs des Bebauungsplanes und der der Sitzungsvorlage beiliegenden Übersicht ersichtlich.

Abstimmungsergebnis	Ja	Nein	Enthaltungen
	31	0	0

TOP 5 Anpassung des Angebotes von Kinderspielplätzen
Vorlage: 188/2013

Beschluss 1:

- a. Es wird beschlossen die Kinderspielplätze Niemergs Weide, Overhagenweg, Timphorst, Wertchenstraße und Zur Höhe zunächst in eine Wiesenfläche umzuwandeln. Eine hier mögliche Überarbeitung der betroffenen Bebauungspläne in Richtung bauliche Nutzung wird in die Prioritätenliste des Fachbereiches 60 aufgenommen.
- b. Ob eine bauliche Verwendung der einzelnen Grundstücke tatsächlich erfolgen soll, wird im Rahmen der jeweiligen Bebauungsplanänderung beraten und entschieden.

Beschluss 2:

Es wird beschlossen, den Kinderspielplatz Hengtekamp zunächst in eine Wiesenfläche umzuwandeln. Die weitere Beratung über die zukünftige Verwendung des Grundstückes erfolgt im Zusammenhang mit der Aufstellung des Bebauungsplanes Hengtesportplatz.

Beschluss 3:

Es wird beschlossen, den Kinderspielplatz Rulandweg zunächst in eine Wiesenfläche umzuwandeln. Der Fachbereich 60 wird beauftragt die Vermarktungsmöglichkeiten für das Grundstück zu prüfen und entsprechende Kaufangebote dem Hauptausschuss und dem Rat zur Beschlussfassung vorzulegen.

Beschluss 4:

- a. Es wird beschlossen, den Kinderspielplatz Wertchenstraße zunächst in eine Wiesenfläche umzuwandeln.
- b. Der Fachbereich 60 wird beauftragt die Vermarktungsmöglichkeiten für das Grundstück zu prüfen und entsprechende Kaufangebote dem Hauptausschuss und dem Rat zur Beschlussfassung vorzulegen.

Beschluss 5:

Es wird beschlossen den Kinderspielplatz Thors Hagen zurück zu bauen und in die vorhandene Grünanlage zu integrieren, falls keine Vereinbarung zur Spielplatzpatenschaft mit der Interessengemeinschaft getroffen werden kann.

Abstimmungsergebnis	Ja	Nein	Enthaltungen
Beschluss 1 a:	30	0	1
Beschluss 1 b:	29	0	2
Beschluss 2	31	0	0
Beschluss 3	31	0	0
Beschluss 4 a	31	0	0
Beschluss 4 b:	28	3	1
Beschluss 5	31	0	0

TOP 6	1. Änderungssatzung über die Erhebung von Elternbeiträgen für die Inanspruchnahme von Angeboten in Kindertageseinrichtungen und Kindertagespflege Vorlage: 158/2013
-------	--

Beschluss:

Die der Sitzungsvorlage als Anlage 1 beigefügte 1. Änderungssatzung zur Satzung über die Erhebung von Elternbeiträgen für die Inanspruchnahme von Angeboten in Kindertageseinrichtungen und Kindertagespflege in der Stadt Coesfeld wird beschlossen.

Abstimmungsergebnis	Ja	Nein	Enthaltungen
	28	3	0

TOP 7 Auflösung der Anne-Frank-Hauptschule
Vorlage: 180/2013

Beschluss:

Die Anne-Frank-Schule - städtische Gemeinschaftshauptschule – wird gemäß § 81 Absatz 2 Schulgesetz NRW mit Wirkung zum 01.08.2014 (Schuljahresbeginn 2014/15) auslaufend aufgelöst, so dass ab diesem Zeitpunkt keine Eingangsklassen mehr gebildet werden.

Die Schule wird solange weitergeführt, wie ein ordnungsgemäßer und sinnvoller Schulbetrieb aufrechterhalten werden kann.

Abstimmungsergebnis	Ja	Nein	Enthaltungen
	31	0	0

TOP 8 Antrag der CDU-Fraktion zum Fortbestand der Fröbelschule
Vorlage: 185/2013

Frau Niemeier erläutert, wie wichtig es sei, die Fröbelschule für die zurzeit 100 Schülerinnen und Schüler, auch als Teilstandort, in Coesfeld zu erhalten. Die CDU-Fraktion sei grundsätzlich nicht gegen die Inklusion, aber zunächst müssten die Voraussetzungen an den Regelschulen hierfür geschaffen werden, was noch nicht der Fall sei. Würde die Fröbelschule erst einmal geschlossen, so bliebe sie auch geschlossen. Des Weiteren plädiere ihre Fraktion dafür, dass die Eltern auch weiterhin wählen können, ob sie ihre Kinder an einer allgemeinen Regelschule oder an der Fröbelschule anmelden.

Herr Kämmerling bestätigt, dass die Wahlfreiheit wichtig sei, aber es müsse alles dafür getan werden, dass die Voraussetzungen für eine funktionierende Inklusion geschaffen werden. Insofern könne er den generellen Erhalt der Fröbelschule nicht unterstützen.

Namens der Fraktion Aktiv für Coesfeld teilt Herr Goerke mit, dass er für den Erhalt der Fröbelschule sei, aber dem Antrag dennoch nicht zustimmen werde, da keine neuen Erkenntnisse vorlägen.

Frau Vennes erklärt, dass Pro Coesfeld für den Erhalt der Fröbelschule kämpfe, da die Inklusion noch nicht funktioniere. Sie werde für den Antrag stimmen.

Herr Kämmerling erwidert, dass die Inklusion deshalb nicht funktioniere, weil sie noch nicht auf den Weg gebracht worden sei. Des Weiteren macht er auf die große Anzahl von Förderschulen mit dem Schwerpunkt „Lernen“ aufmerksam. Er beantragt daher, diesen Zusatz aus dem Beschlussvorschlag zu streichen. Ggf. könne er dann dem Antrag zustimmen.

Herr Nielsen vertritt die Auffassung, dass es nichts nütze, aus ideologischen Gründen etwas zu beschließen, was woanders entschieden werde.

Herr Tranel entgegnet, dass es sehr wohl Aufgabe des Rates sei, die Interessen der Eltern an die Landtagsabgeordneten weiter zu tragen.

Im Anschluss an die Beratungen lässt Herr Bürgermeister Öhmann, wie von Herrn Kämmerling vorgeschlagen, über den Antrag der CDU-Fraktion abstimmen.

Beschluss:

1. Es wird beschlossen, alle Maßnahmen zu ergreifen, um die Fröbelschule als eigenständige Förderschule zu erhalten.
Sollte dies wegen der ministeriellen Vorgaben über die Mindestgrößen von Förderschulen nicht möglich sein,
2. sie als Teilstandort einer kreisweiten Förderschule in Coesfeld zu erhalten.

Abstimmungsergebnis	Ja	Nein	Enthaltungen
Beschluss 1	26	4	1
Beschluss 2	28	3	0

TOP 9 Überwachungspflicht für Kleinkläranlagen
Vorlage: 186/2013

Beschluss:

Dem Abschluss der der Sitzungsvorlage 186/2013 als Anlage beigefügten öffentlich-rechtlichen Vereinbarung zur Übernahme der Aufgaben der gemeindlichen Überwachungspflicht der Kleinkläranlagen (s. § 53 Abs.1. Satz 2 Ziffer 6 LWG) durch den Kreis Coesfeld wird zugestimmt.

Abstimmungsergebnis	Ja	Nein	Enthaltungen
	29	0	2

TOP 10 Anfragen

Anfragen liegen nicht an.

Heinz Öhmann
Bürgermeister

Jürgen Höning
Schriftführer